

Delegiertenversammlung der SP60+ vom 18. April 2024

Liebe Genossinnen und Genossen

Um den Text nicht mit Bindestrichen, Punkten oder Sternchen zu überfrachten, die die inklusive Schreibweise vorschreibt, bitte ich Sie, „Delegierte“ als „Delegierte und Delegierter“ zu lesen und die männliche Form zu akzeptieren, die ich dennoch nicht dominieren möchte.

Im Val d'Anniviers, wo ich einen Teil des Jahres lebe, gibt es unberührte Orte, an denen die Natur und ihre Artenvielfalt uns Oasen der beruhigenden Ruhe bieten.



Photo : Anniviers Tourisme

Am Ende des Tals von Zinal, am Fusse des gleichnamigen Gletschers und der hohen Gipfel, ist Les Plats de La Lée einer dieser privilegierten Orte. Dank der Revitalisierung des Wasserlaufs der Navizence hat das wunderschöne Auengebiet seinen ursprünglichen Glanz und seinen Reichtum an Flora und Fauna wiedererlangt. Es ist eines der letzten glazialen Einzugsgebiete im Kanton Wallis, in dem die Wasserläufe noch natürlich fliessen. Wenn ich es in der Einleitung meines Berichts erwähne, dann weil ich über die Auswirkungen des Stromversorgungsgesetzes nachdenke, das wir unter Punkt 4 der Tagesordnung der Delegiertenversammlung diskutiert haben und über das im kommenden Juni abgestimmt wird. Dieser Gesetzentwurf, der von einigen Organisationen zum Schutz der Natur und ihrer biologischen Vielfalt durch ein Referendum bekämpft wird, hat – wenn er angenommen wird – wahrscheinlich Auswirkungen auf das Überleben des Auengebiets Plats de La Lée. Ein Projekt zur Erhöhung des Staudamms von Moiry, der sich im Nachbartal am Ende des Val d'Anniviers befindet, erfordert eine zusätzliche Wasserzufuhr, die an der Zunge des Zinalgletschers aufgefangen und in einem Stollen zum Stausee von Moiry geleitet werden soll. Diese Wasserentnahme entzieht dem Schwemmland von Les Plats de la Lée das für sein Überleben notwendige Wasser und bedroht dieses kleine Naturparadies, in dem ich mich gerne aufhalte, mit einer langsamen Agonie.



Photo : Josiane Liechti

Dieses kleine Beispiel für die Auswirkungen der Anwendung des neuen Gesetzes, das den grossen Stromerzeugungsanlagen ein Primat über den Naturschutz zusichert, macht mich traurig. Wie viele dieser Oasen und Naturlandschaften sind wir bereit zu opfern, um unseren wachsenden Bedarf an elektrischer Energie zu sichern und gleichzeitig endlich die Erzeugung durch Kernkraftwerke aufzugeben? Nach den letzten Nachrichten steht die Entstehung einer Gesellschaft der Genügsamkeit nicht auf der Tagesordnung...

Doch zurück zur Tagesordnung der Delegiertenversammlung, die erneut im grossen Saal des Gebäudes der Gewerkschaft UNIA in Bern tagte, wo die Dächer durch einen überraschenden Frühlingsschneefall im Flachland weiss geworden waren.

Für alle, die mehr wissen wollen, gibt es zahlreiche Dokumente zur Vollversammlung, die auf der [internen Webseite](#) eingesehen werden können.

Die Sitzung, die von unserer Co-Präsidentin Rita Schmid eröffnet wurde, hielt für die Delegierten eine angenehme Überraschung bereit: Zum ersten Mal konnten die nicht zweisprachigen Teilnehmer die Simultanübersetzung nutzen.

Vier Delegierte verzichteten auf eine Fortsetzung ihres Mandats: Bruno Achermann (LU), Idda Maier (TG), Sonia Z'Graggen (VS), Tamara Magrini (TI). Die jeweiligen Kantonalgruppen werden für ihren Ersatz sorgen. Wir begrüssteten zwei neue Delegierte: Rosa Maria Zegg (GR) und Irina Copine (ZG).

Rita freute sich über den aussergewöhnlichen Erfolg der Abstimmung über die Initiative für die 13. AHV-Rente, zumal sie weiss, wie sehr sich die Mitglieder der SP60+ während der Kampagne engagiert haben. Sie wies auch auf die Verurteilung der Schweiz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen ihrer Versäumnisse in der Klimapolitik hin, indem sie den „Älteren Frauen für das Klima“ Recht gab. Ein Beispiel, das zeigt, dass die ältere Generation politisch aktiv bleiben kann.

Am Ende des Vormittags wurden die verschiedenen Vorlagen vorgestellt, über die am 6. Juni abgestimmt wird. Die SP60+ wird keine besonderen Abstimmungsempfehlungen verbreiten, da sie die am SP-Kongress vom 24. Februar verabschiedeten Empfehlungen unterstützt hat.

Die Vorlage, die uns am meisten motivieren sollte, uns zu engagieren, ist die Prämien-Entlastungs-Initiative. Unser Genosse Heinz Gilomen, Mitglied der Geschäftsleitung, erinnerte daran, dass die Grundversicherung eine obligatorische Kopfprämie erhebt, ähnlich wie die Steuer, jedoch ohne Rücksicht auf das Einkommen der Person. Ausserdem seien die Krankenversicherungsprämien um 158 % gestiegen, während das Lohnniveau seit 1997 um 12 % gestiegen sei. Dies veranlasst die Ärmsten, eine maximale Franchise zu wählen und oftmals auf einen Arztbesuch zu verzichten. Es kommt zu einer schrittweisen Einführung einer Zwei-Klassen-Medizin, obwohl Art. 117 der Bundesverfassung sicherstellt, dass Bund und Kantone verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass jedermann Zugang zu einer ausreichenden und qualitativ hochwertigen medizinischen Grundversorgung hat.

Unser Co-Präsident Dominique Hausser zeigte auf, dass die Kostenbremse-Initiative für das Gesundheitswesen eine falsche Idee ist und dass ihre Annahme Auswirkungen auf die Qualität der Pflege, die Arbeitsbedingungen und die Löhne des Personals hätte, also eine Bedrohung für den öffentlichen Pflegedienst darstellen würde.

Es war an unserer Co-Präsidentin Rita Schmid, das in einem Referendum bekämpfte Stromgesetz zu verteidigen. Sie erinnerte an unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, deren Auswirkungen auf die Klimaerwärmung und betonte, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie rasch ausgebaut werden müsse, ohne dabei unsere Pflicht zur Sparsamkeit und zum Streben nach Effizienz zu vergessen. Das Gesetz wahrt die Interessen des Landschafts- und Biotopschutzes. Die grossen Natur- und Umweltschutzverbände unterstützen es, nachdem sie bei der Ausarbeitung des Gesetzes verhandelt haben. Ich hoffe, dass die Versprechungen und Zusicherungen in Bezug auf den Natur- und Landschaftsschutz bei der Umsetzung des Gesetzes eingehalten werden.

Die letzte Vorlage, über die abgestimmt wird, war die Impfpflicht-Initiative. Unsere Genossin Ruth Schmid, Präsidentin der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ und Mitglied der Geschäftsleitung, stellte sie kurz vor und wies darauf hin, dass sie weit über das Thema Impfen hinausgeht. Die Initiative sei durch ihre sehr allgemeine Formulierung zu weit gefasst und schränke den Handlungsspielraum der Behörden zu stark ein.

Nach diesem Rundgang über die Abstimmungsfrage vom 9. Juni stillten Getränke und Sandwiches Durst und Hunger während einer Pause, die sich für Gespräche und informellen Austausch zwischen den Delegierten anbot.

Der Nachmittag war dem Thema Armut und Prekarität gewidmet, das die SP60+ im Jahr 2024 vorrangig behandelt. Das von der PS60+ Freiburg vorgeschlagene Dokument „Armut und Prekarität bekämpfen“ wurde vorgestellt und diskutiert. In zwölf Punkten bietet es eine Stellungnahme und eine Vision der SP60+ zu diesem Thema. Für einige Delegierte, insbesondere jene aus Basel-Stadt, die das Dokument kritisch lasen und eine argumentative Stellungnahme abgaben, ist

dieser Text eher eine Vision als ein Vorschlag für relativ schnell umsetzbare Massnahmen des Bundes oder der Kantone. Trotz dieser Vorbehalte wurde das Dokument jedoch mit 18 JA, 0 NEIN und 7 Enthaltungen angenommen.

Um dem Ziel der Delegiertenversammlung, eine konkrete Massnahme zur Bekämpfung von Armut und Prekarität vorzuschlagen, gerecht zu werden, schlug die Geschäftsleitung eine koordinierte Aktion auf Kantonsebene vor, die einen Automatismus bei der Abgabe von bedarfsabhängigen Leistungen fordert. Nach Vorstellung und Diskussion wurde der Vorschlag einstimmig angenommen. Ein Dokument, das die Forderung beschreibt und die Argumente formuliert, die gegenüber den kantonalen Behörden geltend gemacht werden sollen, wird erstellt. Die Delegierten werden aufgefordert, bei ihren Regierungsräten und Parlamentariern Schritte zu unternehmen, um den besten politischen Weg zur Umsetzung des Prozesses zu finden, der den Besonderheiten der kantonalen politischen Praxis entspricht (Motion, parlamentarische Initiative usw.).

Am Ende der Sitzung wurden die Berichte der verschiedenen Organe des PS60+ kurz kommentiert. Sie können auf der [internen Webseite](#) eingesehen werden.

Die Delegierten werden gebeten, die Mitglieder ihrer Kantonalgruppe an die Mitgliederkonferenz am 1. Juni und die Herbstkonferenz am 28. September zu erinnern, die Gelegenheiten bieten, interessante politische Themen zu diskutieren.

Auf der Rückfahrt im Zug liess ich meinen Gedanken freien Lauf und sah die schöne Winterlandschaft der Plats de La Lée wieder vor mir und wünschte mir, dass die Umsetzung des Stromgesetzes diesen wunderbaren Ort, der im Winter das Glück der Langläufer bedeutet, zu bewahren weiss.



Photo : Anniviers Tourisme

Euer Delegierter bei SP60+ Schweiz
André Liechti